



ENERGIEWENDE JETZT

Projektentwickler/in für Energiegenossenschaften



Fachtag Stromnetze in Bürgerhand „Bürger sollen Stromnetze übernehmen“

Netzübernahmen durch Kommunen und Energiegenossenschaften lohnen sich, so ein Fazit des Fachtages in Mainz. Doch der Weg dahin ist hürdenreich. Ein Bericht über die Veranstaltung.



Zunehmend interessieren sich Kommunen und Energiegenossenschaften dafür, die regionalen Netze wieder selbst zu betreiben. „Bürgerinnen und Bürger übernehmen dabei Verantwortung für einen Teil ihrer Daseinsvorsorge und wollen sich unabhängiger von den großen Konzernen machen“, sagte Dr. Verena Ruppert, Geschäftsführerin des Landesnetzwerkes BürgerEnergieGenossenschaften Rheinland-Pfalz (LaNEG e.V.) auf dem Fachtag „Stromnetze in Bürgerhand“ am 13.11. in Mainz. „Gleichzeitig fließen damit die Gewinne aus dem Netzbetrieb zurück in die Region.“



Lemke: Bürger sollen Stromnetze übernehmen ©Lange

In den nächsten Jahren laufen in Rheinland-Pfalz etwa 30 Prozent der Konzessionsverträge für Strom und Gas aus. „Wir ermuntern Kommunen und Bürger, die Chancen zu nutzen und die Netze zurück in Bürgerhände zu holen“, sagte Wirtschaftsministerin Eveline Lemke im Pressegespräch anlässlich des Fachtages. „Wir brauchen ein anderes Marktdesign, weg von Oligopolen hin zu einem funktionierenden Energiemarkt mit vielen Playern und smarten Technologien.“

Auf dem Fachtag am 13. November in Mainz bekamen Entscheider aus Kommunen, Stadtwerken und Energiegenossenschaften einen fachlich fundierten Überblick über Chancen und Risiken einer Netzübernahme. LaNEG e.V. veranstaltete den Fachtag in Kooperation mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk „Energiewende jetzt“.

Große Stromkonzerne verhindern Rückkauf

Seit 2007 wurden bundesweit 83 neue Energieversorger gegründet und mehr als 200 Konzessionen durch kommunale Unternehmen übernommen. Doch häufig scheitern kommunale Netzübernahmen, weil große Stromkonzerne systematisch den Rückkauf der Stromnetze behindern. Dies hat das Wuppertal Institut dieses Jahr in einer Studie ermittelt. Die Strategien reichten von überhöhten Netzpreisen, der „politischen Landschaftspflege“, der verzögerten Herausgabe netzrelevanter Daten bis hin zu gerichtlichen

Auseinandersetzungen. „An erster Stelle stehen immer überhöhte Netzpreise“, so Dr.-Ing. Kurt Berlo vom Wuppertal Institut in seinem Vortrag. Altkonzessionäre verlangten meist den überhöhten Sachzeitwert. Den sollten Kommunen auf keinen Fall bezahlen, sondern den Ertragswert. Das heißt, das Netz solle nur so viel kosten, wie es in den 20 Jahren des Konzessionsvertrages wieder einbringt.

Hier sah Berlo gesetzlichen Regelungsbedarf: In § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) heiße es lediglich, dass die Netze „gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung zu übereignen“ sind. Berlo forderte eine Festlegung auf den Ertragswert in § 46 EnWG.

„Daseinsvorsorge gehört in Bürgerhand“



Armin Brendel: Wir schreiben schon 2014 schwarze Zahlen ©Lange

sagen die neuen Gesellschafter der Rheinhessen-Energie GmbH (RHE) und wollen eine bürgernahe, umweltfreundliche und wirtschaftliche dezentrale Energieversorgung umsetzen. „Wir haben im Gesellschaftervertrag 100 Prozent grünen Strom vereinbart: Keinen Atomstrom, keinen Strom aus Kohle“, sagte Armin Brendel, Vorstand der Bürgergenossenschaft Rheinhessen eG, in seinem Vortrag.

In zahlreichen Orten ist die kommunale Netzübernahme gelungen. In der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen in Rheinland-Pfalz beteiligt sich die Bürgergenossenschaft Rheinhessen eG mit 23,9 Prozent an der neuen Rheinhessen-Energie GmbH (RHE). Mehrheitsgesellschafter sind mit 51 Prozent die Verbandsgemeindewerke Sprendlingen-Gensingen AÖR. Weitere Gesellschafter sind die Stadtwerke Mainz AG (SWM) und Netzkau EWS eG aus Schönau.

„Daseinsvorsorge gehört in Bürgerhand“

Die RHE betreibt die Netze in kommunaler Hand, wird ab 1. Januar 2014 Strom selbst verkaufen und ab Mitte nächsten Jahres Gas vertreiben. Laut Einschätzung von Armin Brendel werde der neue kommunale Energieversorger schon 2014 schwarze Zahlen schreiben.

„Die starke Position der Bürgergenossenschaft beteiligt Bürgerinnen und Bürger unmittelbar an den geschäftlichen Aktivitäten der RHE“, so Armin Brendel weiter, der auch Bürgermeister in Gensingen ist. „Wir müssen als Kommunalpolitiker vorgehen und die Bürger beteiligen. Wenn wir die Netze selbst betreiben, Strom und Gas selbst verkaufen und die Energie auch selbst produzieren, bleibt die Wertschöpfung vor Ort.“

Gründungswelle bei Stadtwerken

Zwischen 2005 und 2012 sind 72 neue Stadtwerke entstanden, berichtete Oliver Wagner über eine Sondierungsstudie des Wuppertal Institutes. Die Experten des Wuppertal Institutes sehen die kommunalen Energieversorger als Schlüssel-Akteure der Energiewende. Die Gründung lohne sich, so Wagner weiter. Durch eigene Stadtwerke lassen sich die örtlichen Energieeffizienzpotenziale besser ausschöpfen, die erneuerbaren Energien forcierter nutzen und der Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung schneller vorantreiben. Auch die wirtschaftlichen und fiskalischen Ziele seien für die Kommunen erreichbar.

Kommunale Selbstverwaltung vs. Kartellrecht

Anika Titze und Nicole Künzer, Referentinnen für Energierecht der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, stellten in ihrem Vortrag fest, dass ganz unterschiedliche Rechtsgebiete bei der Konzessionsvergabe eine Rolle spielten und es große Interpretationsspielräume gebe.

So garantiert etwa Grundgesetz Artikel 28, Absatz 2 Kommunen das Recht, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur beziehen sich in ihrem gemeinsamen Leitfaden zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen jedoch auf das Kartellrecht und gehen davon aus, dass Kommunen in Bezug auf die örtlichen Konzessionen marktbeherrschend seien. Sie dürften sich deshalb bei der Netzvergabe nicht bevorzugen.

Dr.-Ing. Kurt Berlo vom Wuppertal Institut hielt in der Diskussion entgegen, dass die großen Stromkonzerne selbst als örtliche Verteilnetzbetreiber marktbeherrschend sind. Dies werde von den Behörden nicht gesehen. Er forderte deshalb eine „faire Wettbewerbssituation zwischen Kommunen und Stromkonzernen bei der Konzessionsvergabe.“

Rechtzeitig um Netzübernahme kümmern

Kommunen sollen sich rechtzeitig mit dem Thema der Konzessionsübernahme beschäftigen, Vor- und Nachteile abwägen und eine gründliche wirtschaftliche Betrachtung vornehmen, so Anika Titze weiter. Spätestens zwei Jahre vor Ablauf des bisherigen Konzessionsvertrages muss die Kommune das Vertragsende öffentlich bekannt machen. Die Bekanntmachungspflicht soll den Wettbewerb um die örtlichen Verteilnetze ermöglichen.

Dabei müssen auch netzrelevante Daten veröffentlicht werden. Altkonzessionäre weigerten sich jedoch häufig, diese Daten herauszugeben, zum Beispiel mit Hinweis auf das Betriebsgeheimnis. Dr.-Ing. Kurt Berlo sah hier einen gesetzlichen Regelungsbedarf: Es müsse klar definiert werden, welche netzrelevanten Daten die Altkonzessionäre zur Verfügung stellen müssen.

Hürden bei der praktischen Netzübernahme

„In der Regel ist die Datenlage im Zuge des Konzessionsvergabeverfahrens schlecht“ sagte Dr. Joachim Schwerd von den Stadtwerken Mainz in seinem Vortrag: „Der neue Netzbetreiber erhalte erst nach Unterschrift des neuen Konzessionsvertrags die genauen Daten und könne sich erst dann ein umfassendes Bild über den Zustand des Netzes machen (Alter, Kundenstruktur, Schadensberichte usw.). Darin bestehe ein erhebliches Risiko für den neuen Netzbetreiber.“

Das grundsätzliche Problem bei der Netzübernahme sei: „Der neue Netzbetreiber will so schnell wie möglich kaufen, der bisherige möchte das Netz aber nicht abgeben.“ Netzübernahmen dauerten deshalb in der Regel mehrere Jahre und die Einigung mit dem abgebenden Netzbetreiber sei ein schwieriger Prozess. Eine strittige Frage sei dabei, wer die Kosten der Netzentflechtung trage. Trotzdem war das Fazit von Dr. Schwerd eindeutig: „Die Anstrengung am Anfang lohnt! Denn der Betrieb von Netzen ist ein langfristiges Geschäft.“

Rainer Lange, Energiewende jetzt

E-Mail: redaktion@energiegenossenschaften-gruenden.de